

# „Vorwärts“

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ erdübender Behörden. Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Schulze-Wechsungen, Nr. 246/5, 246/7, 2605. Vertriebs- und Anzeigenverwaltung: mittags von 13 bis 14 Uhr. - Unentgeltlich einzuliefernde Manuskripte in Reife des Redakteurs beizubringen.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Abholer mindestens 0,45 RM. Vorbestellung 2,10 RM. durch Botenpost auswärts 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. - Einzelnenpreis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Restanteil der Wäckerle, Hauptvertriebsstelle: Dr. Wäckerle & Schulze-Wechsungen, Nr. 246/5, 246/7, 2605. Postfachkonto 2810 Braunschweig.

## Fast 600 Banken werden im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“ geschlossen Amerikapleite ohne „Marxisten“ Kapitalistischer Riesen-Zusammenbruch im nordamerikanischen Bundesstaat Michigan

Das über den nordamerikanischen Bundesstaat Michigan verhängte Bankenmoratorium erweist sich auf nicht ganz 600 Banken, die immerhin einen Einlagenbestand von etwa 6 Milliarden Mark haben. Man glaubt vorläufig mit 8 Bankfeiertagen auszukommen; allerdings setzen sich bereits Forderungen des Zahlungsverbot durch. So soll kleinen Sparern während der 8 Feiertage 5 Proz. ihrer Guthaben ausbezahlt werden. Auch haben die großen Industriefirmen die Bezahlung der Arbeiterlöhne versprochen.

In Michigan herrschen gegenwärtig die gleichen Zustände wie bei uns im Sommer 1931, als die Danabank ihre Schalter schloß und andere Großbanken, wie die Dresdner Bank, ihre Unfähigkeit eingestehen mußten. Die Auszahlungen weiter durchzuführen. Wir wissen, daß der Schluß der Danabankhalter ihre Verschärfung der Wirtschaftskrise nach sich zog, deren Ende auch heute noch nicht absehbar ist und

die von den deutschen Sozialisten dem sogenannten Marxismus in die Schuhe zu schieben versucht wird, obwohl die Ursache eindeutig bei der großkapitalistischen Wirtschaft liegt. Man fragt sich heute, ob aus der Pleite in Michigan ähnliche Auswirkungen hervorgehen werden. Für die Entwicklung der ganzen Weltwirtschaftskrisis dürfte das eine wichtige Frage.

Das müde Europa, das unter der Herrschaft eines trübsamen Optimismus und im Zeichen der politischen Reaktion immer mehr der wirtschaftlichen Isolation verfallt, hat - das kann nicht mehr gelugnet werden - seine ganze Hoffnung auf die Weltwirtschaftskrisis und auf eine wirtschaftliche Aufbesserung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gesetzt. Werden die spärlichen Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung in Nordamerika durch eine Verschärfung der Krise weggespült, dann müssen die Folgen Europa ebenso wie Nordamerika treffen.

Solche Dinge, wie wir sie gegenwärtig im Staate Michigan erleben, pflegen sich in der Regel auf die internationalen Börsen auszuwirken. Soweit die Berliner Börse in Frage kommt, muß man feststellen, daß die Stimmung im Anfang der Abwärtsentwicklung schwerer unter den amerikanischen Ereignissen litt.

Dann aber legte sich in der Berliner Börse am Mittwoch jener Optimismus wieder durch, der unter allen Umständen eine Hausse haben will und diese Hausse am Mittwoch zur Abwechslung einmal mit dem sehr einseitigen Argument begründete, daß nach der Pleite in Nordamerika es in der Welt offenbar wäre, daß das sicherste Land für Geldanlagen wieder Deutschland ist. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob die Wähler dieses Arguments selbst an ihre Argumentation glauben; immerhin war die Berliner Börse zum Schluß fest und optimistisch.

Was aber nicht folgen will. Sicherlich, die Dinge um die Pleite im Staate Michigan liegen schwer, aber für ein Land wie Amerika mit seinen unheimlich starken Reserven keineswegs hoffnungslos.

Was ist in Michigan passiert? Eine immerhin umfangreiche Bank, die Union Guardian Trust Company, ist zahlungsunfähig geworden.

Es hat sich während der letzten Jahre ansehend in der Bau- und Boden Spekulation betätigt, die mit der Industrialisierung des Staates Michigan, besonders durch die großen Autofabri-

(Ford, General Motors, Chrysler, aus dem Boden schloß. Diese Spekulation ist mit dem Verfall der nordamerikanischen Bodenpreise zusammengebrochen. Die Bank kann schwer Zinsen noch Kapital hereinbekommen. So wurde die bekannte Stützungsaktion fällig. Hierbei scheint es zu Auseinandersetzungen zwischen den Großaktionären gekommen zu sein. Großaktionäre sind z. B. die Ford, Walter und Sohn, Henry und Edsel Ford. Sie stellen bereits rund 30 Millionen Mark für die Stützung der Union Guardian Trust Company beigesteuert haben. Sie waren aber nicht dazu bereit, ihre Guthaben zur Befriedigung der kleinen Sparer zur Verfügung zu stellen. So ging die Bank, die man, nicht ganz mit Unrecht als Hausbank des Ford-Konzerns anprangert, über Bord; immerhin mit Erschütterungen, die der Bundesregierung in Michigan geraten sein ließen, ein Bankenmoratorium zu verhängen. Demnach muß der Fall unter den Sparern in Michigan sehr groß sein.

Es ist nicht zum erstenmal während der gegenwärtigen Krise, daß nordamerikanischen Bankbesitzern mit einem Bankenmoratorium begünstigt worden sind. Es hat sich aber dabei um kleine, rein agrarische Staaten gehandelt. Michigan aber ist ein hochindustrieller Staat, in dem vor allem die wichtigsten nordamerikanischen Autofabriken (Ford, General Motors, Chrysler) ihren Hauptsitz haben. Es mag sein, daß gerade deshalb die rund 600 Banken des Staates Michigan besonders ausgehöhlt sind, weil es der nordamerikanischen Autoindustrie in den letzten Jahren ebenfalls schlecht gegangen ist wie der Autoindustrie anderer Länder. Es mag aber auch sein, daß das formidablen Reden von einer Dollarinflation und von

stoffpreisen agrarischen Stützungsprojekten die Sparer gegenwärtig äußerst mißtraulich gemacht hat. Wir halten das letztere für ausschlaggebend. Daher erklärt es sich auch, daß die Bundesreferentbanken in Nordamerika, die, groß genommen, der Deutschen Reichsbank entsprechen, alle Anstrengungen machen, um den Bankenapparat in Michigan wieder in Gang zu bringen. Man spricht von Summen in Höhe von einigen hundert Millionen Mark, die der Bankwirtschaft in Michigan zur Verfügung gestellt werden sollen.

Das Ziel ist natürlich, das Ueberbringen des Ruins auf die anderen nordamerikanischen Banken zu verhindern. Es das gelingt aber nicht, das ist die bangste Frage. Gelingt es nicht, was trotz aller reichen Reserven der amerikanischen Wirtschaft möglich ist, dann braucht man noch nicht sofort an Rückwirkungen auf die bestehenden Schuldenverhandlungen und die Weltwirtschaftskrisis zu denken.

Andere Auswirkungen werden sich unangenehm genug bemerkbar machen. Wir neigen zu der Auffassung, daß Amerika, ob mit oder ohne Ruin, vor einer neuen Vertrauenserschütterung steht, die sich vor allem auf die amerikanische Rohstoffwirtschaft (Weizen, Baumwolle ujm.) auswirken wird. Die amerikanische Rohstoffwirtschaft ist aber ein Sektor, mit dem die Vereinigten Staaten von Nordamerika weit in die großen Weltmärkte hinein reichen, von denen man annimmt, daß erst mit ihrer Befreiung sich eine Befreiung in der gesamten Weltwirtschaft vollziehen kann. Aus diesen Überlegungen heraus möchten wir die Ereignisse in Michigan etwas folgenschwerer beurteilen als z. B. die Berliner Börse.

## Bierzehn Tage Hitler - Papen

Das Kabinett der „nationalen Konzentration“ ist seit 14 Tagen im Amt. Die „Konzentriertheit“ hat seitdem merkwürdige Beleuchtungen erfahren. Eine Rede Hugenberg's bei der Gründung der Kampfbund Schwarzweißrot hat weitgehende Gegenliebe innerhalb dieser sogenannten Konzentration erwecken lassen.

In diesen 14 Tagen hat sich in Deutschland manches geändert - aber wer wollte behaupten, daß es besser geworden sei? Arbeitslosigkeit, Not, Hunger, Elend - schlimmer denn je. Wer jene Sache auf Verpredigten gestellt hat, erlebt bittere Enttäuschung.

Immerhin hat sich doch einiges geändert und einiges ist vorgegangen. Der Chronist der dies verzeihlich, muß vorsichtig sein. Er muß sich darauf beschränken, Tatsachen in Worten zu fassen. Er darf nämlich nicht die Zeitläufe aus dem Auge verlieren, doch diese 14 Tage tatsächlich der Pressefreiheit in Deutschland ein Ende gemacht haben. Ueber die oppositionelle Presse ist ein Hagel von Verboten niedergegangen wie niemals zuvor. Über so das Wort des Kritikers eingengt ist, da sprechen die Tatsachen selber, deren Bekanntgabe man schließlich nicht verbieten kann weil sie von der Regierung selber mitgeteilt werden müssen.

Tatsache ist, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 in Sachen Brauns beläufig geblieben ist. Tatsache ist, daß die Reichsregierung die preußischen Stimmen im Reichstag selbst instruiert wird und damit das Ausland

## „Vorwärts“ abermals verboten!

Eine Woche Wahlkampf in Berlin ohne sozialdemokratische Zeitung

Der „Vorwärts“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 22. Februar einschließlich verboten worden. Als Gründe für das Verbot werden angeführt:

„Die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Vorwärts“ veröffentlicht in Nr. 75 (Vorgangsausgabe) vom 14. Februar 1933 einen Artikel mit der Überschrift: „Für die Wahrgabe!“ Der Samstag in Eisenbahn- und Friedrich Stampfer. Dieser Artikel gibt Anlaß zu Beanstandungen auf Grund des § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933. Der Verfasser geht bei seinen Darlegungen von der durch die eingeleiteten Ermittlungen insoweit völlig widerlegten Behauptung aus, daß nicht aus dem Haupte des „Rassenkampf“ in Eisenbahn zuerst auf die Nationalsozialisten geschlossen worden sei, sondern daß diese ohne äußeren Anlaß das in kommunalistischem Eigenem lebende Geschwür überfallen hätten, um die Einmischung zu verhindern und gegen die darin befindlichen Personen gewalttätig vorzugehen. In der gleichen Richtung bewegen sich die weiteren Ausführungen über den Vorgang des „Sturms auf die Zurnhölle“. Auch hier zielt die Schilderung offensichtlich darauf ab, das Verhalten der nach den Feststellungen der eingeleiteten Untersuchung unabweislich auch von dieser Baugleichheit aus durch Schiffe angegriffenen Nationalsozialisten als eine jeder inneren Berechtigung entbehrende brutale Ausgrenzung zu charakterisieren. Aus diesen von

dem Verfasser bemußt im Gegenlaß zu anderen Zeitungen gegebenen Sachdarstellungen, die er in Verbindung mit von der Regierung getroffenen Maßnahmen bringt, wird der Schluß gezogen, daß die Behörden nicht etwa aus mangelnder Objektivität, sondern vorzüglich pflicht- und rechtsmäßig diese Darstellung vorzuziehen und aufrechtzuerhalten hätten, da sie dem Lauf der Weltgeschichte, wie er jetzt von uns vorgeschrieben ist, angepaßt werden müßte. Diefelbe böswillige Ver-

ächtlichmachung der Behörden und insbesondere des verantwortlichen Leiters der preußischen inneren Verwaltung zeigt sich auch darin, daß im vorliegenden Absatz die Erwartung ausgesprochen wird, von diesen Behörden könne ein objektives Untersuchungsergebnis nicht erwartet werden, die „Bürgerleute von Eisenbahn“ würden nie erfahren, was nach Auffassung des Schriftführers das tatsächliche Untersuchungsergebnis sein müßte. Die Tendenz des bezeichneten Aufsatzes, der als Leitartikel veröffentlicht ist, wird noch dadurch unterstrichen, daß auf der ersten Seite des Hauptblattes an hervorragender Stelle mit der besonders auffallenden, großgedruckten Ueberschrift: „Aus dem braunten Deutschland - Reichstentribunen in Eisenbahn“ in derselben Weise zu den vorliegenden Stellung genommen wird, während eine vorläufige amtliche Darstellung des Polizeipräsidenten in Halle vom 13. Februar 1933 mit feinerer Ueberschrift und keinem Zetdruck so nachgedrungen wird, daß der unbesangene Leser aus dem Zusammenhang mit den Darlegungen des Hauptaufsatzes notwendigerweise den von dem Verfasser offensichtlich gewollten Eindruck bemußt pflichtwidrig und parteiischen Verhaltens der Behörde gewinnen muß. Hiernach rechtfertigt sich das ausgesprochene Verbot nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 der angeführten Verordnung.“

Nach diesem Verbot muß die Sozialdemokratie in der Reichshauptstadt während einer Woche den Wahlkampf ohne Zeitung führen!

## Der erweiterte Volkstredungsschutz

Die neue Volkstredungsgesetzgebung des Kabinetts Hitler, die am Mittwoch veröffentlicht worden ist, beweist eindeutig und klar, daß der Reichsstandwirtschafterminister Hugenberg die agrarpolitischen Dinge bestimmt, und zwar durchgängig in Uebereinstimmung mit den Forderungen des großagrarischen Reichslandbundes. Reichsstandwirtschafterminister Hugenberg ist in seiner Rundfunkrede betont, daß er zuerst der Landwirtschaft helfen wolle. Damit hat er noch auch den deutschen Bauer gemeint. Es aber dem deutschen Bauer angesichts des gegenwärtigen agrarpolitischen Anlaufes in der Reichsregierung wirklich geholfen werden soll, ist uns unerschütterlich.

Wahlrechts als einer Vertretung der Bürger vollständig verjagten wird.

Tatsache ist, daß in Preußen in der inneren Verwaltung ein Beamtenschub vorgenommen worden ist, über dessen Gründe kein Wort weiter zu verlieren ist; denn die Namen und noch mehr die Posten, an denen die gemäßigten Beamten gelanden haben, sprechen für sich selber.

Tatsache ist, daß die Unruhe in Deutschland immer stärker wird. Täglich fallen Todesopfer. Die Aufschuldung der SA. schreit zum Himmel. Verfammlungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten werden immer wieder von bewaffneten nationalsozialistischen Banden überfallen und zu Sprengern verurteilt.

Tatsache ist, daß das neue System bereits schwere außenpolitische Betriebsunfälle zu verzeichnen hat, die in jeder Hinsicht an Vorgänge aus der Zeit Wilhelms II. erinnern. Ein Telegramm des Reichsministers Göring an eine Götzburger Zeitung hat in Schweden schwerste Verurteilung hervorgerufen, die angesichts der schwierigen handelspolitischen

Verhältnisse zwischen Deutschland und Schweden den Interessen Deutschlands sehr abträglich ist. Der Reichszentralrat hat einem englischen Obersten ein Interview gegeben, dessen erste Fassung, wie sie im „Sunday Express“ erschien, sofort nach dem Erscheinen als nicht authentisch bezeichnet wurde. Trotzdem hat das Interview in Paris und Warschau schwere Verurteilungen, zum Teil geradezu wilde Angriffe gegen Deutschland hervorgerufen.

Tatsache ist, daß vom Inhalt des Bierjahresplans, der festsitzend angehängt worden ist, bisher noch nichts bekannt geworden ist und wahrscheinlich auch vor den Wahlen nichts mehr bekannt werden wird.

Tatsache vor allem aber ist, daß unter der Regierung Hitler-Hugenberg wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen worden sind, wie sie niemals zuvor ein Reichszentralrat in Deutschland getroffen hat, wenn er sich auch noch so stolz als agrarischer Reichszentralrat bezeichnet hat. Es ist eine Erhöhung der Schmalz- und Speckpreise vorgenommen worden, die jetzt schon eine gewaltige Verteuerung des für die Volksernährung überaus wichtigen Schmalzes herbeiführt hat. Die Beinträchtigung der Fortbewegung der notleidenden deutschen Bevölkerung durch diese Maßnahmen greift viel tiefer als es selbst die berühmte Margarine-Notverordnung mit dem Beirückungszwang bemerkt haben würde. Das ist die erste preußische Maßnahme des neuen Systems, die den Massen der deutschen Bevölkerung unmittelbar fühlbar wird.

Der handelspolitische Kurs, der damit eingeschlagen worden ist, wird weiter verfolgt. Ein solches Verbot der Buttereinfuhr ist vorbereitet. Gegenüber Frankreich sind Zerstückelungen vorgenommen worden, die die handelspolitische Situation zwischen Deutschland und Frankreich sehr ernst gestalten müssen. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben sich in den letzten Tagen ohnehin außerordentlich verschlechtert.

Wenn das Volk juristisch auf die Aera Papen, wenn es die Bilanz der ersten 14 Tage Hitler sieht, so kommt es zum Schluß: Papen hat, vertreten: Papen das Sch. Hitler das Schmalz. Da geht ihr schief. Das Dritte Reich!

# Verbote ohne Ende

Eigener Bericht

Hannover, 12. Februar.

Der sozialdemokratische „Volkswille“ ist am Mittwoch dem nach Hitlerstreben Oberpräsidenten auf die Dauer von 8 Tagen verboten worden, weil er anfänglich den Unwillen von Kommunisten einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem es hieß, daß die dort Bemerkungen zum guten Teile Paraphrasen gewesen seien, zu deren Vernichtung der Reichszentralrat im Berliner Sportpalast den Segen des Hinmels herabgeschickt habe. Darin wird eine Diffamierung des Reichszentralrats erblickt.

München, 15. Februar.

Im Auftrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz hat der Polizeipräsident von Köln die „Rheinische Zeitung“ auf die Dauer von 6 Tagen wegen angeblicher böswilliger Verächtlichmachung des Reichszentralrats und des Reichstagsmischers für das preussische Ministerium des Innern verboten. Die Verächtlichmachung wird erblickt in Artikeln mit der Überschrift: „Hitlers Kragenball“ — Was verdient Minister Göring — Herr Reichszentralrat, wo bleibt der Bierjahresplan!

München, 15. Februar.

Die sozialdemokratische „Volkzeitung“ in Magdeburg ist am Mittwoch auf Grund des Reichsinnenministers auf 5 Tage verboten worden. Das Verbot wird mit einem Aufwurf der Magdeburger Kampfschiff der Eisernen Front begründet, in dem unter scharfer Kritik der Sportpalastrede des Reichszentralrats ein Aufmarsch der Eisernen Front angekündigt war.

Magdeburg, 15. Februar.

Die sozialdemokratische Magdeburger „Volkstimme“ ist auf 5 Tage verboten worden. Das Verbot soll den Magdeburger Polizeipräsidenten verächtlich gemacht haben.

Das Berliner „Mittwoch-Abendblatt“ ist am Mittwoch auf acht Tage verboten worden. Als Ursache wird ein Artikel bezeichnet, der sich mit den blutigen Vorfällen in Eisenach beschäftigt.

Das von der Berliner Parteioorganisation herausgegebene „Wahlplakat „Nach vier Jahre NS“ ist vom Polizeipräsidenten beschlagnahmt worden.

## Feststellungen von Stämpfer

In dem neuen Verbot des „Vorwärts“ und seiner Begründung übertrifft der Chefredakteur des „Vorwärts“ Hg. Stämpfer, der Bestenleistung folgende Erklärung:

Die Behauptung, meine Darstellung der Eisenacher Ereignisse im „Vorwärts“ zu amtlichen Berichten, würde an sich ein Zeitungsverbot noch nicht rechtfertigen. Sie ist aber auch irrig. Der amtliche Bericht vom 13. Februar aus Halle an der Saale behauptet keineswegs, daß die Schiffe, die von Kommunisten abgegeben wurden, dem Sturm auf das „Ritterkamp“-Haus vorgezogen seien. Daß von Kommunisten gehalten wurde, habe ich nicht behauptet. Ich habe nur behauptet, daß diese Schiffe erst abgegeben wurden, nachdem der Sturm der Nationalsozialisten begonnen hatte. Der amtliche Bericht läßt diese Frage offen.

Ich bin auf Grund grossenbester Nachforschungen, die ich an Ort und Stelle vorgenommen habe, zu der Überzeugung gekommen, daß nicht die Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Mir ist auch bis heute nichts bekannt geworden, was geschehen wäre, diese Überzeugung zu erschüttern. Schon allein die feststehende Tatsache, daß die Kommunisten zu Stunde des Zusammenstoßes einen Abwehrkampf veranstalteten, spricht gegen ihre Angreifbarkeit. Denn die Behauptung, der nationalsozialistischen Presse, die Kommunisten hätten ihre Kinder eigens mitgebracht, um sie bei dem geplanten Feuergefecht als Trümpfe zu gebrauchen, hat noch keine innere Wahrscheinlichkeit!

Berlin, 15. Februar 1933.

Hg. Friedrich Stämpfer.

## Belgische Regierungstrife

de Broqueville zurückgetreten

Eigener Bericht

Brüssel, 15. Februar.

Die Regierung de Broqueville hat am Mittwochnachmittag bei der Abstimmung über eine sozialistische Interpellation mit 82 gegen 72 Stimmen bei 5 Enthaltungen in der Winderkerse. Sie ist sofort zurückgetreten.

Die angemessene Interpellation richtete sich gegen die Ungültigkeitserklärung der Gemeinderäte in einem kleinen Städtchen in der Provinz Namur, wo die Kommunisten mit einigen Stimmern Mehrheit die frühere sozialistisch-liberale Mehrheit aus dem Gatte hoben. Die Provinzialverwaltung hatte die Ungültigkeit der Wahlen ausgedroht, worauf der sozialistische Innenminister die Ungültigkeitserklärung aufhob. Die eigentliche Ursache der Regierungstrife liegt freilich tiefer.

# Warnung von der Saar

Energischer Protest gegen die nationale Diffamierung

Herr von Papen ist in Saarbrücken von den Vertretern der Presse, die fünf Achtel der Bevölkerung vertritt, gemieden worden. Die Presse des Zentrums verweigert dazu eine Erklärung, in der es heißt:

„Nicht nur wir, sondern der weitaus überwiegende Teil der Saarbevölkerung hat mit tiefem Bedauern und Enttäuschung in der letzten Zeit von den zahlreichen Ministerreden des gegenwärtigen Reichs-Kabinetts in Parteierfammlungen Kenntnis genommen, in denen immer wieder

dem Teil der Bevölkerung, der ihre politische Heimat nicht im Papen-Hugenberg-Cyber haben, die nationale und vaterländische Gefinnung abgegriffen wird.

Diese dauernde Diffamierung weitaus Volkskreise durch die gegenwärtige Reichsregierung, die sich als die „Regierung der nationalen Konzentration“ bezeichnet, hat begrifflicher Weise gerade die Saarbevölkerung laßt. Die Parteien, die hinter der gegenwärtigen Reichsregierung stehen, haben in den letzten Wahlen, die die Saarbevölkerung am 13. November 1932 tätigte, ganze 12,4 Proz. der saar-

ländischen Stimmen aufbringen können. Diesen 12,4 Proz. nationalsozialistischer und deutschnationaler Wähler steht die gesamte übrige Bevölkerung des Saargebietes gegenüber. Die ganze Politik der Saarbevölkerung während der Jahre der Fremdbesatzung war darauf angelegt, den Zusammenhalt der Saarbevölkerung und die Zusammenfassung aller Kräfte für die erwartende Volksabstimmung sicherzustellen, die uns wieder dem deutschen Volkstörper zurückgeben soll.

Nach den Äußerungen des Herrn von Papen und anderer Mitglieder der gegenwärtigen Reichsregierung ist nur derjenige Deutsche wahrhaft national, der zu den schwarz-weiß-rotten Parteien steht, insgesamt demnach nur 12,4 Prozent der Bevölkerung. Kann der weitaus überwiegende Teil der Saarroffer, der seine politische Vertretung in anderen Parteien hat, sich diese fortgesetzte, politische Diffamierung gefallen lassen?

Nein! Wir haben es nicht nötig, weil wir in der Vergangenheit unsere nationale Pflicht erfüllt haben und das auch heute und in aller Zukunft tun werden, ganz unabhängig davon, wer in Deutschland regiert. Die in dieser Weise von der

gegenwärtigen Reichsregierung als weniger national zuverlässig gekennzeichnete Mehrheit der Saarbevölkerung wird auch die erdrückende Mehrheit derjenigen stellen, die bei der Abstimmung im Jahre 1935 durch den Stimmzettel die Wiedererlangung in unser deutsches Vaterland fordern.

Weil dem so ist, kann diese Mehrheit der Saarbevölkerung aber auch nun endlich es sich verwilligen, von den zur Zeit herrschenden Mächten in Deutschland immer wieder in der gekennzeichneten Weise beleidigt zu werden.

Das ist der Grund, warum sämtliche Zentrumszeitungen des Saargebietes neben der sozialdemokratischen Presse dem heutigen Empfang beim Reichszentralrat von Papen ferngeblieben sind. Dieser Protest schien uns notwendig, damit man endlich einmal an der maßgebenden Stelle in Berlin einsehe, wohin es führen muß, wenn statt der von uns immer angebotenen Sammlung aller inneren Kräfte immer wieder die Parteien verachtet und beleidigt werden, die in den schweren Jahren nach dem Zusammenbruch, den wir nicht verschuldet haben, die größte und unentbehrliche Wiederherstellungsarbeit geleistet haben.“

# Der Polizeikommissar im Westen

Was ein englisches Blatt sagt / Wilde Aufbauung? / „Besondere Verhältnisse“

Am Dienstag fand im preussischen Innenministerium unter dem Vorsitz des Herrn Göring eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten statt. Das große Konbener Plakat, die „Times“, hatte unter Bezugnahme auf die Konferenz u. a. behauptet, der kommissarische preussische Innenminister habe Anweisungen für die Bewaffnung der SA. und der Stahlhelmer und für ihre Verwendung als Hilfspolizei gegeben, und das sei der erste Schritt zur Errichtung eines faschistischen Regimes in Deutschland oder mindestens in Preußen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu dieser Feststellung des Berliner „Times“-Korrespondenten:

„Von den amtlichen Stellen wird zu diesen Behauptungen natürlich gar nicht Stellung genommen. Sie behaupten offensichtlich eine wilde Aufbauung der vom preussischen Innenminister vorgeschlagenen äußersten Abwehrmaßregeln. In den nächsten Tagen und Wochen wird man mit einer gefestigten Abwehrbereitschaft der staatlichen Organe gegen etwaige Unruhpäne zu rechnen haben. Auch die nächste Polizeireaktion gegen den Reichstag bleibt ein Bild dieser Maßregeln.“

Diese „gesteigerte Abwehrbereitschaft“ wird nach der „DZ“ vor allem in gewissen „organisatorischen Maßregeln“ zum Ausdruck kommen. Dazu gehören auch die Er-

weiterung der Vollmachten für den Polizeiführer West, Kommandeur Steller v. Heibetamp. An sich ist der Polizeiführer West keine Einrichtung. Wenn seine Befugnisse jetzt erweitert werden, so handelt es sich im wesentlichen um einen Ausbau dieser Funktionen, die mit den besonderen Verhältnissen in der Westmark zusammenhängen. In Rheinland und in Westfalen ist wegen der Sonderbestimmungen des Versailles Diktats eine Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes nicht möglich. Sollen also dort eines Tages Unruhen ausbrechen, so müßte nach Ansicht der maßgebenden Stellen auch eine geeignete Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel zu erzielen sein.

## Goebbels will Minister werden

„Propaganda-Kommissar“

Die NSDAP. sieht nun seit 14 Tagen in der Umlichkeit. Viele sind unwillig zu Amt und Würden gelangt. Nur Herr Dr. Goebbels muß immer noch warten. Aber auch für ihn soll geordert werden. Wie — das verrät die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“, die am Mittwochabend folgendes verlaublich läßt:

„Schon seit längerer Zeit hört man, daß der Rundfunk nicht mehr dem Volk- oder Innenministerium unterstellt werden soll, sondern unmittelbar dem Reichszentralrat Adolf Hitler. In diesem Zusammenhang wurde dann auch Dr. Goebbels als politischer Rundfunkkommissar genannt. Diese Eingliederung des Rundfunks in den Regierungsapparat hängt mit noch weiteren organisatorischen Veränderungen zusammen. Es heißt, daß das Reichsministerium des Innern die „Zentrale für Heimdienst“ auflösen will und dafür eine Reichspropagandazentrale einrichten will, die nicht dem Reichsinnenministerium, sondern dem Reichszentralrat unterstellt werden soll. Als Leiter dieser Reichspropagandazentrale ist der nationalsozialistische Abgeordnete und Propagandaleiter der NSDAP, Dr. Goebbels ausersehen. Diese Reichspropagandazentrale soll sich mit den Fragen des Rundfunks, der Presse, des Tonfilms usw. beschäftigen, und damit würde es gutreffen, daß

Dr. Goebbels in irgendeiner Form im Rundfunk führend tätig sein wird.“

Die Bestätigung im Rundfunk allein aber dürfte Herrn Goebbels kaum genügen, er will auch einen Titel, er will Minister werden. Ehe dieses Ziel nicht erreicht ist, dürfte er kaum ruhen ...

## Terror gegen Zeitungen

Eigener Bericht

Breslau, 15. Februar.

Die Nationalsozialisten organisieren in Oberschlesien seit längerer Zeit Verhaftungsgelüste gegen andersgerichtete Zeitungen. An dem Nacht zum Mittwoch vernichteten SA-Leute in Hindenburg die Zeitungstafel der kommunistischen „Oberschlesischen Volksstimme“, eine Tafel des sozialdemokratischen „Hindenburgers Volksblattes“ sowie eine Tafel des politisch neutralen „Oberschlesischen Anzeigers“. Drei Tafele wurden von der Polizei festgenommen. Sie hatten Mitgliedsausweise der NSDAP in der Tasche.

## Schwarzweißrote Kultur

Am preussischen Kultusministerium soll jetzt auch Staatssekretär Sammers von seinem Posten befristet werden. Als Ersatz für Sammers, der

Mitglied der Zentrumspartei ist, sind die deutschnationalen Abgeordneten Martin Spahn und Stadler in Aussicht genommen. Beide gehörten früher dem Zentrum an. Sie sind aber bereits seit Jahren treue Gefolgsworte ihres Ministers Hugenberg.

## Razischießen vor Volkshaus

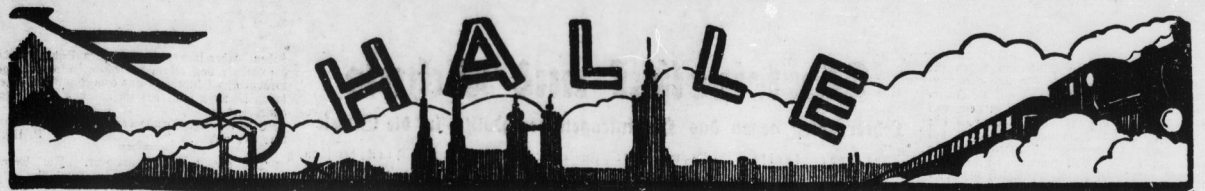
Eigener Bericht

Mün, 15. Februar.

In der Nacht zum Mittwoch gegen 3 Uhr erschossen vor dem Volkshaus in Siegburg ein Trupp uniformierter Nazis, die gegen das Arbeiterrotarische Schiffe abgaben. Der berüchtigte Nazischiff Franz Müller wurde durch einen Raschschuß getötet. Die im Volkshaus liegende 16 Mann starke Wache der Eisernen Front wurde in Haft genommen.

## Vorkaufstörbeeren

Der Schulortstand von Großbrieschen hat beschlossen, der neubauten Gemeindefschule den Namen „Hitler-Hilfsschule“ zu geben. Wilhelm II. wird vor Reich erlassen, und Pestalozzi, Fichte, Humboldt, Goethe, Schiller oder Lessing sind tot!



### Löbe kommt doch

**Trotz Drohung der Möchtegern-Nachhelden**  
Die von der Eisernen Front für kommenden Sonntag angeordnete Wahlversammlung im „Volkspark“ in Halle, in der unser Genosse Paul Löbe sprechen wird, liegt den Möchtegern im Magen. Bereits seit Bekanntwerden dieser Veranstaltung bemühen sie sich, die Wahlversammlung zu veranlassen, die Ausübung zu verbieten. Auch gestern forderte das hallische Polizeiorgan im Anschluß an einen ganz lächerlichen Artikel „Die Nordkomune droht weiter“ die Behörden auf, diese Löbe-Versammlung am Sonntag, dem 19. Februar, mit allen Mitteln zu unterbinden.

Da bisher noch kein Inhaber des bekannten Parteibüchchens an der Spitze der hallischen Polizei steht, werden die Nazis wohl kein Glück mit ihrer Forderung haben, um so weniger, als alle Forderungen getroffen sind, daß die Versammlung in größter Ruhe verläuft. So wird u. a. von vornehmer allen Nationalsozialisten der Zutritt zu dieser Versammlung verweigert.

Dadurch wird verhindert, daß der Befehl des Polizeichefs Jordan, gegen die Nazis mit Gewalt vorzugehen, zur Tat wird. Auch der Polizei wird dann ihre Aufgabe leichter gemacht, die sich nicht, wie in Weimar, erst mit der SA-Garde herumzuzocken braucht.  
Alle Anhänger der Eisernen Front aber erscheinen am Sonntag ruhig in der Löbe-Rundgebung und zeigen den feindseligen Nationalsozialisten, daß Deutschland nicht Italien ist. Jeder einzelne werde sich rechtzeitig mit den bei den Funktionären der Eisernen Front erhältlichen Eintrittskarten, ohne die kein Zutritt gewährt wird.

### Wintergemitter über Halle

Drittes Reich ist Trumpf — auch das Wetter stellt sich schon darauf ein. Wund offensichtlich wird doch Deutschland aufgerollt! Den lauen Winden, die noch vor zwei Wochen bliesen, sind jetzt Schneefälle gefolgt, die auf Ostwind-Strömungen hindeuten. Auch letzte Nacht und heute vormittag kamen große Schneemengen herab, so daß die vielen Leute noch härter werden als gestern. Als besonderer Effekt wurde heute früh sogar ein Wintergemitter eingelöst. Es schneite und schneite — aber da war es auch schon vorbei.

In Halle sind heute wieder 530 Mann unterwegs, um die Nachfröhen vom Schnee freizuhalten. Wenn hier's gefächelt haben, werden sie wahrheitlich wieder von vorn anfangen können.

### Eiserne Front Halle

Sonntag, den 19. vormittags 10 Uhr, Rundgebung der Eisernen Front.

**Redner: Genosse Paul Löbe und Landtagsabg. Alex Möller**  
Die Kampfesleitung.

1. Ortsbezirk. Heute Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Reichshaus“ unsere Mitglieder-Versammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

## Neuer Polizeipräsident von Halle

**Im Rahmen des großen „Ausräumens“ in Preußen  
Delegat pensioniert; sein Nachfolger Polizeioberst a. D. Roosen**

Die in diesen Tagen umgestalteten Republikaner der höheren Verwaltung Preußens sind jetzt durch Beschluß der Preußen-Kommission ohne Ausnahme in den einstweiligen Ruhestand versetzt und zum größten Teile durch pensionierte Offiziere ersetzt worden. Auch der kommissarische Polizeipräsident in Halle, Herr von Stodmar, verabschiedet, wie angeordnet, wieder. Zum endgültigen Polizeipräsidenten in Halle ist jetzt Polizeioberst a. D. Roosen aus Altenhof (Schorfheide) ernannt worden.

Die neuernannten Polizeipräsidenten sind zum großen Teil Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, die bisher Adressen, Adressen und pensionierte Offiziere in Amt

„Niemand fragt danach, welche Kosten durch diese optische Personalaufstellung entstehen, niemand fragt, warum der Steuerzahler einige hunderttausend Mark aufbringen muß für qualifizierte Männer, die gerne arbeiten möchten, aber nicht arbeiten dürfen, weil es der obersten Stelle nicht genügt ist, niemand fragt, wie dieses ganze tolle Verfahren mit der angeforderten „Sparhaftigkeit“ der Verwaltung zu vereinbaren ist, die sich das neue Regime vorgenommen haben will, niemand fragt, wie es mit dem Grundgesetz des Berufsamtentums zusammenhängt, wenn Polizeioffiziere, die bisher nur technischen Dienst leisten, plötzlich auf eine Verwaltungsstelle gesetzt werden, nur weil der bisherige Inhaber dem höheren Willen weichen mußte und weil

## Professor Dr. Erik Nölting spricht am Freitag 20 Uhr im großen Saale des „Volkspark“ in einer vom ADGB, dem Ala-Bund und dem ADB. einberufenen Kundgebung

und Würden gebracht hat. Wie aber hat man früher über „Parteidurchbeamte“ geschimpft! Und wie handelt man jetzt?

Diese Art der Amtsenthebung verdienter Beamter — und ihre Erhebung durch Angehörige der Herzogener-Front-Parteien geht selbst dem Stahlhelmführer Duesterberg wider den Strich, der sich füglich in einer in Debitafeld veranstalteten Kundgebung des Stahlhelms wie folgt äußerte:

„Nichts Würdevoller gibt es als die unsachliche Kempterjagd. Nur nach Eignung und Verdienst werden im neuen Deutschland Stellen vergeben werden können.“

Über besondere Verdienste der neuernannten Personen ist der Deffektivität bisher noch nichts bekanntgeworden, ihre Eignung aber sollen sie erst noch nachweisen. Die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ jubelte zwar am Tage nach dem neuesten Beamtenhub: „Novembereigenen werden durch Fachbeamte ersetzt“. Aber das ist eine große Irreführung, denn die meisten jetzt in der Ruhestand versetzten Beamten sind Fachbeamte, aber sie hatten den Feind, Republikaner zu sein.

Es bleibt nun noch abzuwarten, ob die neuen Männer es ebenso wie ihre republikanischen Vorgänger fertig bekommen, die für ihr Amt erforderliche Sachkenntnis und Objektivität aufzubringen. Ansonsten hat der Beamtenhub aber noch eine andere Seite, und zwar eine pessimistische, worauf das „Berliner Tageblatt“ mit folgenden Sätzen hinweist:

vielleicht der neue Mann — ganz zufällig natürlich — ein nationalsozialistisches Mitgliedbuch besitzt.“

Darüber können sich die Steuerzahler nur ihre eigenen Gedanken machen, wobei sie an die besonders von den Nazis in der Wohlfühl- und geschwungenen Reden über „Sparhaftigkeit“ erinnern müssen.

### „Klassenkampf“, Verbot

Auf vier Wochen

Kritik wird mitgeteilt: „Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Halle erscheinende Zeitung „Klassenkampf“, kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Regierung auf 4 Wochen verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil durch offensichtlich unrichtige Nachrichten in zwei Nummern dieser Zeitung lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet wurden.“

An anderer Stelle der heutigen Ausgabe wird bekanntgegeben, daß der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, sowie das im Bezirk Halle erscheinende „8-Uhr-Novembliatt“ bis zum 22. Februar verboten worden sind wegen Verfassungsverstößen über die Reichstutaten in Eisenbahn. Auch das „Klassenkampf“-Verbot ist wegen der Berichterstattung über die Eisenbahnverhältnisse erfolgt. Eine Kritik dieser Maßnahmen müssen wir uns aus Rücksicht auf die Rotverordnungen leider verlagen.

### Kommunales Interregnum

Die Deputationen bleiben im Amt  
Durch die Verordnung über die Auflösung der Vertretungsorgane der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 4. Februar 1933 sind die kommunalen Vertretungsorgane mit Wirkung vom 8. Februar aufgelöst worden. Ein Rundschreiben des Kommissars für das preußische Ministerium des Innern vom 8. Februar regelt nun die Frage der Deputationen und ihre Befugnisse.

Nach diesem Rundschreiben bleiben die aus dem Gemeinderäten und den hinfälligen Bürger gewähltigen Deputationsmitglieder bis zur Neuwahl im Amt.

Besüglich der Weiterführung der Geschäfte durch sondergesetzlich geregelte Kommissionen gilt folgendes: Die Mitglieder der Deputationen der Jugendämter üben bis zur Neubestellung nach den Neuordnungen der Vertretungsorgane ihre Tätigkeit gleichfalls weiter aus. Gemäß der einschlägigen Vorschriften des Volkshüterhaltungsgesetzes bleiben die gewählten Mitglieder der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen aus diesen Behörden mit der Maßgabe aus, daß sie die Dienste bis zum Amtsantritt der Nachfolger weiterzuführen können, bis nach Ablauf der Zeit, für deren Dauer sie gewählt oder bestellt sind, bis zum Eintritt der neuen Mitglieder in Tätigkeit.

### Sammlung der republikanischen Kräfte

Vortrag des Staatssekretärs Wegg

Im Republikanischen Aufbruch hielt gestern abend der Staatssekretär der Braun-Schwerter-Regierung in Preußen, Dr. Wegg, einen Vortrag über die politische Lage. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung des Zusammenchlusses aller republikanischen Kräfte. Wegg, liberale als altmodische Annahmen der Reaktion, die ihren Ursprung schon in den Tagen der Verfassungskämpfe 1919 hat, und ging dann auf die Naturgeschichte der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ein. Durch manche interessante Einzelheiten wurde er das uns schon oft gezeichnete Bild besonders lebendig zu machen. Er wies vor allem die Ähnlichkeiten der Reaktion zurück, die „Reaktion“ und die „Novemberpartei“ hätten Deutschland an der Abgrund gebracht. Viel größere Gefahren beständen gerade seit dem Systemwechsel. Die republikanischen Kräfte wurden dadurch in ernstlicheren Maße in Deutschland geweckt. Die neuesten Ereignisse bestätigen das. Die liberalen und westdeutschen Länder wollen sich nicht majorisieren lassen, und so haben sie eine Kompensation in föderalistischen Bestrebungen. Die Einheit des Reiches sei gerade heute bedroht. Die republikanischen Kräfte hätten alles zu tun, um ein Auseinanderfallen des Reiches, an dem die Entente nur eine Freude hätte, zu verhindern. Wenn dieser heute meine, keine Regierung vor ihm habe (höherer Aufgaben zu lösen gehabt, so irre er sich. Das deutsche Volk habe leider ein lächerliches Gedächtnis, sonst würde es sich an den Zusammenbruch und an die Inflation erinnern, die von den „Novemberpartei“ gemehrt wurden. Wegg miderlegte dann die reaktionären Bemerkungen von der „Vaterlandslosigkeit der SPD.“ Gerade die Arbeiterklasse habe in



# Juno geht den Weg der Qualität,

weil ihr die volle Zufriedenstellung ihrer Freunde durch beste Tabake in köstlicher Frische vornehmste Pflicht bedeutet.

Darin liegt das Geheimnis des großen

## Juno-Erfolges

und der Grund, warum Zugaben in Form von Wertmarken, Gutschein und der Scheckereien ausgeschlossen bleiben müssen.

Wer Qualität sucht, entscheide sich für Juno!



6 STÜCK 203

den Willmungsbezügen Blut und Leben für Deutschland einsetzt.

Der Redner ging zum Schluß auf die Interesselage der Partei ein.

„Leuchttugeln“

Auf der Suche nach Vorbildern gegen die SPD ist in dieser Hinsicht sehr produktive Nazi-Gauleiter Jordan auf ein neues Schwärmerchen verfallen, das er am Dienstabend in einer Versammlung vortrug.

Generation soll helfen

Die Nazis in Halle versuchen sich bei Versammlungen dadurch interessant zu machen, indem sie bekannte Sozialdemokraten öffentlich zum Besuch dieser Versammlungen einladen und ihnen eine längere Redezeit widmen.

„Auf Veranlassung der Reichsregierung“

Beschwerden über die Parteilichkeit des Rundfunks

Die täglich sich steigende Unzufriedenheit mit dem deutschen Rundfunk kommt in zahlreichen Aufschriften unserer Leser zum Ausdruck.

Kleiner Mann was nun?

Roman von Hans Fallada

Copyright 1932 by Rowohlt Verlag GmbH Berlin

„Wenn ich zu ihrer Frau ginge“, flüstert Binneberg. „Ich würde hingehen zu ihr, Herr Bergmann.“

Parteilichkeit und Schule

Lehrerprotest gegen das Hineintragen der Politik in die Schule

Aus Schreierkreisen schreibt man uns: Die Zeitungen berichten, daß die Reichsregierung die Lehrer ermahnt hat, anzuordnen, daß der Unterricht der Schölerkinder in der Schule vorgetragen wird.

Die Schule soll ein Instrument der Volkserziehung sein.

Der Aufruf wird nicht vollstreckt, sondern vollstreckt. Nach der Reichsregierung sollen im Unterricht die Empfehlungen des Reichs erachtet werden.

Imnern aus. Dort sitzt Minister Fried, der schon in Thüringen Besagtes angedeutet hatte.

Die Volksschulen der „Schulstadt“

Mit Bezugnahme auf unsere die holländischen Volksschulen betreffende Beschlüsse vom Sonnabend jedoch aus der Wagnitz.

Die Anweisung, herzugeben ein angesehener Abzug der Volksschule durch insbesondere durch Abweisung in Vertikuren, in Gymnasialunterricht, in Musik und Gartenbauverlei und daß alle nicht ständig beschäftigten Junglehrer und Junglehrerinnen an die Pflicht hängen sollen.

Wir fragen: W o w a r t e n !

haben. Aber immer nach wenigen Sätzen wurden die Redner von einem grollenden, minutenlangen Brullo- und Beifallsturm aus dem Rhythmus unterbrochen.

Eine würdige Ehrgang der Reumärkischer Opfer war das nicht. . .

Neue Filme in Halle

Congorilla (Ri. 2.)

Congorilla das ist die Symphonie des schwarzen Erdteils. Wunderbare Aufnahmen der afrikanischen Steppe und des afrikanischen Urwaldes, verblüffende Aufnahmen der afrikanischen Tierwelt, aufgenommen durch einen Beobachter, der die Tiere in ihrem natürlichen Leben beobachtet und im Film festhält.

Wer nimmt ihnen im „Gorilla“ ihnen

Unterlagen unter dieser Rubrik lesen die Halle und müssen bei der Ausgabe bedauern, daß die Bilder heute in Halle nicht zu sehen sind.

Der Kreis Arbeitsgemeinschaft für Sprach- und Sprechschulung. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend, dem 18. Februar, pünktlich 15.30 Uhr, in der Abteilung für Sprach- und Sprechschulung statt.

Wochenlicher Verein, Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr.

Die nächste Sitzung des Wochenlichen Vereins findet am Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr, im Saal des Kulturhauses statt.

„Auf Veranlassung der Reichsregierung“

Beschwerden über die Parteilichkeit des Rundfunks

Die täglich sich steigende Unzufriedenheit mit dem deutschen Rundfunk kommt in zahlreichen Aufschriften unserer Leser zum Ausdruck.

Schließlich entnehmen wir einer dritten Aufschrift: Um die Opfer von Reumärkern zu ehren, beschloß der Bund der Arbeiter, den 28. Februar als Tag der Reumärkerfeier zu erklären.

Ein bisheriger Rundfunkentscheid

Die Kritik, die der Leiter an Hillers Rede übte, haben wir nicht in den Druck gegeben.

„Die Mutter vom Jungen, Mia, nicht Marie“, bernt Lämmchen. „Sehr beliebt hat sie sich eigentlich nicht.“

„Der Brief aber nicht sie nicht auf. Sie legt ihn auf den Tisch und während sie liest, er macht, recht sie manchmal zu ihm hin. Da liegt er und bleibt liegen, bis der Junge kommt. Mit ihm wird sie ihn gemeinsam lesen, das ist das beste.“

„Gut wie Wochen.“

„Gut wie Wochen. Rechnet noch nach Wochen. Nun, Sie werden ein guter Mann, man sieht das. Sie brauchen sich darum nicht zu kümmern, wenn man einen anderen um was bittet, das ist nichts. Wenn man nur freundlich ist, wenn man Sie ein immer freundlich zu ihrer Frau. Denken Sie immer, es ist nur ne Frau, sie hat den Bestand nicht so. Tut mir leid, Herr Binneberg.“

Binneberg geht langsam fort.

Ein Brief kommt und Lämmchen läuft in der Schürze durch die Stadt, um bei Kleinholz zu kaufen.

Es ist der sechsdanzigste September geworden, ein Freitag, und dieser Freitag ist Binneberg die sehr noch üblich auf dem Wärd. Lämmchen aber macht laun. Und als sie da nun so rumbeifließt, stoßt es bei der Tür und sie sagt „Guten“ und der Schlichte kommt und sagt „Wohnt hier Frau Binneberg?“

„Das bin ich.“

„Hier ist ein Brief für Sie. Wüßte ein Schlichte brauchen an der Tür sein. Ich kann das nicht riechen.“

Und damit entschwindet dieser Jünger Stephans. Lämmchen aber steht da mit ihrem Brief in der Hand, einem großen Briefstücken, staunend, mit einem großen fragenden Blick.

Dieser Brief kommt auch nicht aus Was, dieser Brief kommt aus Berlin und als Lämmchen ihn

undrecht, geht sogar ein Abend darauf, genauer eine Abendern.

„Die Mutter vom Jungen, Mia, nicht Marie“, bernt Lämmchen. „Sehr beliebt hat sie sich eigentlich nicht.“

„Der Brief aber nicht sie nicht auf. Sie legt ihn auf den Tisch und während sie liest, er macht, recht sie manchmal zu ihm hin. Da liegt er und bleibt liegen, bis der Junge kommt. Mit ihm wird sie ihn gemeinsam lesen, das ist das beste.“

„Gut wie Wochen.“

„Gut wie Wochen. Rechnet noch nach Wochen. Nun, Sie werden ein guter Mann, man sieht das. Sie brauchen sich darum nicht zu kümmern, wenn man einen anderen um was bittet, das ist nichts. Wenn man nur freundlich ist, wenn man Sie ein immer freundlich zu ihrer Frau. Denken Sie immer, es ist nur ne Frau, sie hat den Bestand nicht so. Tut mir leid, Herr Binneberg.“

Binneberg geht langsam fort.

Ein Brief kommt und Lämmchen läuft in der Schürze durch die Stadt, um bei Kleinholz zu kaufen.

Es ist der sechsdanzigste September geworden, ein Freitag, und dieser Freitag ist Binneberg die sehr noch üblich auf dem Wärd. Lämmchen aber macht laun. Und als sie da nun so rumbeifließt, stoßt es bei der Tür und sie sagt „Guten“ und der Schlichte kommt und sagt „Wohnt hier Frau Binneberg?“

„Das bin ich.“

„Hier ist ein Brief für Sie. Wüßte ein Schlichte brauchen an der Tür sein. Ich kann das nicht riechen.“

Und damit entschwindet dieser Jünger Stephans. Lämmchen aber steht da mit ihrem Brief in der Hand, einem großen Briefstücken, staunend, mit einem großen fragenden Blick.

Dieser Brief kommt auch nicht aus Was, dieser Brief kommt aus Berlin und als Lämmchen ihn

undrecht, geht sogar ein Abend darauf, genauer eine Abendern.

„Die Mutter vom Jungen, Mia, nicht Marie“, bernt Lämmchen. „Sehr beliebt hat sie sich eigentlich nicht.“

# Kreis Hersberg

(Schaltplan Nr. 2228)

## „Alle Wege führen zur Liebe“

Geschichte des Stadttheaters Halle im Theaterverein Hersberg.

Es handelt sich um ein Lustspiel, und ein Lustspiel braucht man ja nicht ernst zu nehmen. Dennoch möchte man sich gern einmal ein anderes Thema anschauen, als das ständig die „Lustigkeit“ der jungen Damen aus „Bismarck“ ab abstruim geföhrt wird. Das Thema ist in dieser Hinsicht ziemlich abgegraben worden und auf die Dauer wirkt es lässlich. Immerhin hat das Stück einige starke Stellen, besonders insofern, als ein Stück mit überaus feiner Spannung erregt. Zum Schluß des Stückes trug vor allem die lebendige Darstellung der Schauspieler bei. Allen voran Anneliese Jöbner und Robert Zoffen. Eine famose Charakterrolle bot Fritz Henkel, der für den erkrankten Robert Zoffen eintrat. Hervorzuheben sei auch Engel Feinloth, die überaus feine Rollen gut besetzt waren. Das Stück war von Fritz Henkel geleitet. Die Bühnenbilder von Heinz Behrens waren einfach und trefflich. Im Ringeln des Stückes dankte warmer Beifall.

## Demonstration in Schwedt

Zum nächsten Sonntag ruft das Gewerkschaftsamt wiederum die Massen auf, zu marschieren gegen Diktatur und Terror, für die Rechte der Arbeiterklasse! Trotz alledem und allem!

## Aus dem Bürgerblut wird Nazibrei

Schaffstädt. Schnell waren die Nazis dabei, eine reine Naziführer für die Stadtverordneten auszuwählen. Ihre langweiligen Reden hatten sie an die Wand gedrückt. Ein Gefährdungsfaktor durchdrachte das bürgerliche Lager, weil man jene vom Schlosse Meißner und seines Gefolges besetzt gesehen hatte. Stunde um Stunde lud man täglich noch in eine Naziführerliste mit den kleinsten Parteimitgliedern, die früher auf der linken Seite standen, fest zu bringen, um das Wohl und Wehe der Stadt meistens zu helfen. Man will überhaupt nicht an Schaffstädt der „marxistischen Weltanschauung“ ein Ende bereiten. Man soll aber nicht vergessen, daß in diesem Rathaus noch keine Einkamerale vorhanden ist, und mit Sozialdemokraten fürchten nicht den „Schiffamt“, jeder Arbeiter, Kleinrentner und Geschäftsmann, welcher in Schaffstädt nicht. Wer unerschrocken die Schaffstädt übernahm, daß Steuerdrückener mit der großen Schmutze wieder auf der nationalen Linie fortzubringen. Gatten die Kommunisten etwas Verständnis für die Einheitsliste geben und ihren Parteikampf beiseite stellen, so wäre ein Schritt der Arbeiterschaft möglich. Aber, wie Sozialdemokraten lassen und von niemand den Weg vorzeichnen. Wir haben in den der Parteien, die Interessen der Schaffstädt Wohlstand erfolgreich vertreten und werden es weiterhin tun. Jeder Arbeiter, Kleinrentner und Geschäftsmann, welche die Liste Sozialdemokratischer Wahlvorschlages Wolsch, Bogmel, Schieferbeder!

## Gesperrte Straßen

Der Polizeipräsident in Weiskensfeld teilt mit: Die Gemeinde Weiskensfeld hat am 16. Februar ab etwa 900 Meter Straßenverlauf zu erneuern. Die Durchgangsstraße Weiskensfeld mit dem Bahnhof in Weiskensfeld, der Ringweg des Eisenbahnhofs des Ammonienwerkes ab für zeitlichen Fortschritt gesperrt. Der gesamte aus und von Richtung Dürrenberg kommende Verkehr wird auf die Provinzialstraße Kirchdorf und auf die Sperrverträge bis Weiskensfeld umgeleitet. An den Abzweigungen der Straße sind Sperr- und Umleitungsplättchen aufgestellt.

## Schaff Wahlpulver!

Der Faschismus schießt mit den goldenen Kugeln der Großindustrie!

## Amliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 7 Donnerstag, den 16. Februar 1933 1933

### Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlügen für die Stadtverordnetenversammlung.

Nach dem Rundschreiben des Ministers des Innern (RStM) vom 7. Februar 1933 - IV a 1 862 - sind die Wahlvorschlüge für die Stadtverordnetenversammlung

spätestens am 25. Februar 1933 bei dem Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses einzureichen.

Die Bekanntmachung des Magistrats vom 16. Februar 1933, IX 197/33, betreffend die Wahlvorschlüge für die Stadtverordnetenversammlung, den 14. Februar 1933, IX 197/33, wird hiermit entsprechend abgeändert.

Merseburg, den 14. Februar 1933.

IX 197/33. Der Magistrat.

### Defensivliche Steuern und Schuldenaufnahme.

Die bis zum 15. Februar 1933 fällig gewordenen Grund-, Gewerbe- und Hundesteuern, Schulden und Beitragsbeiträge sind spätestens am 15. Februar 1933 an die Stadtkassapost zu zahlen.

Vom 17. Februar 1933 an werden die geänderten Vermögens- und Beitragsaufschläge erhoben.

Vom 19. Februar 1933 an werden die Abgabenverhältnisse ohne besondere Warnung sofortig eingezogen.

Merseburg, den 15. Februar 1933.

Der Magistrat. Vollstreckungamt.

Sol. A. 1/32.

# Mißglückter Naziterror in Weiskensfeld

Die pflichtgetreuen Volksgenossen werden von der NSDAP. denunziert und ihre Entlassung verlangt — Daraus spricht die Mut der Nazis, daß sie ihren Terror nicht ausüben können

Wie wir gestern schon kurz berichteten, kam es am Montag in Weiskensfeld in einer von der Eisenfront einberufenen öffentlicher Versammlung zu einem großen Tumult. Einige hundert aus der oasen Umgebung zusammengetriebene SA-Mitglieder hatten sich zu Beginn der Versammlung und gingen gleich zu Beginn der Versammlung an, durch Eingreifen eines auf den Referenten Wesseler d. Ernst gemingten Sporttodes und durch Zwischenfälle zu führen. Als der Hauptreferent, ein gewisser Matthes, zum Verlassen des Saales aufgefordert worden war und dann als er nicht ging, von einem Polizeibeamten hinausgeführt werden sollte, kam es zum Aufruhr. Die Polizei war nun objektiv genötigt, die Kräfte aus dem Saale zu treiben, wobei es auf Seiten der Nazis wie auch auf Seiten der Polizei einige Verletzte gab.

Wie nicht anders zu erwarten, erschien in der „Mitteldeutschen National-Zeitung“ ein Bericht, der die Uebergriffe der „Krieger-Polizei“ in Weiskensfeld gegen die Nationalsozialisten. Unserem Bericht ist zwar aber ganz nicht mehr Politik zu präsentieren, so daß die Berichterstattung schon nicht mehr zurecht, Maßgebend hatte man gerade darauf geachtet, daß nach dem Ausschreiben der Nazis die Weiskensfelder Polizei den Nazis freien Lauf lassen würde. Man hätte sich jedoch vergehen. Und aus dem Bericht wird nun unter Namensnennung der pflichtgetreuen Beamten die Entlassung derselben, in erster Linie die des Polizeihauptmanns Speltzler, verlangt.

In ähnlicher Weise geht man ja schon seit langer Zeit überall, auch in Halle, gegen solche pflichtgetreue Polizeibeamte.

Um aber nun unseren Lesern und auch den Lesern der „M. N.-Z.“ den wahren Vorgang in der Weiskensfelder Versammlung zu schildern, veröffentlicht wir nachstehend den offiziellen Polizeibericht, der wie folgt lautet:

Am Montagabend hielt die Eisenfront in Weiskensfeld ihre erste Wahlversammlung im Stadtheater ab. Es hatten sich 800 Versammlungsbesucher, darunter etwa 250 Nationalsozialisten in Uniform, eingefunden. Bezüge hatten im Parkett des Saales Platz genommen. Schon bei Beginn der Versammlung zeigte sich die offensichtliche Abneigung der Nationalsozialisten, unter denen sich eine Anzahl an sozialisierbaren Personen befand, die Bestimmung hochgehoben zu lassen. Ausbrechende heftige Zwischenfälle, die eine Auflösung der Versammlung unmöglich machten, veranlaßten den Versammlungsleiter, an die Geschäftsleiter der Polizei zu appellieren. Der aufstrebende Polizeioffizier berichtete, der Vorsitzende Matthes mehrere Male verweigert. Die Situation spitzte sich durch weitere Zwischenfälle der NSDAP-Angehörigen immer mehr zu. Der Versammlungsleiter wandte sich wiederholt an den aufstrebenden Polizeihauptmann von Speltzler, Weiskensfeld zu verlassen. Diefem Entschluß mußte die Polizei um die Durchführung der genehmigten Versammlung zu gewährleisten, ernstlich nachkommen. Als die Angehörigen der NSDAP sahen, daß die Po-

lizei Ernst machte, erhoben sie alle Widerstand und verzögerten, den Polizeioffizier an der Ausführung zu hindern.

In dem Augenblick, als mehrere Beamte auf Befehl, das größte Gewerbe nicht mehr freizugehen, um Matthes hinauszu-jagen, sprangen auf ein Pfeifensignal eines SA-Führers die Mitglieder der NSDAP. (Insamt an, warfen mit Steinen und Säuren und schlugen ohne weiteres an die Beamten ein.

In diesem Augenblick brach der größte Teil, als von allen Seiten mit Säuren, Säuren und anderen Schlagwerkzeugen, z. B. Riemen mit Eisenhaken, auf die Beamten eingeschlagen wurde, gab der aufstrebende Polizeioffizier den Befehl, den Saal unter Anwendung des Polizeiwortes zu räumen. Unter heftigen Widerstand gegen die Beamten wurden Nationalsozialisten kämpfend aus dem Saal und vorraus auf die Straße gedrückt.

Bei der Räumung wurden acht NSDAP-Mitglieder, einer durch einen Stein in die Rippen und einer durch einen Stein in die Hand, die übrigen durch Schläge. Die übrigen Versammlungsbesucher verließen sich, bis auf wenige Ausnahmen, gegen die gleichfalls eingeschlagenen wurde, disziplinär. Von den Polizeibeamten sind, soweit festgestellt werden konnte, 9 Beamte, darunter 2 Haupt-Stabsführer erheblich, 7 durch Schläge und Würfe mit Säuren und Biergläsern leicht verletzt worden. Die Stabsführer waren fast alle auf den aufstrebenden Polizeioffizier geschleift, wurden aber von den Beamten abgehoben.

Rach Entlassung der Täter, die nach dem SA-Führer in der Fellei Straße lagen, wurde die Versammlung in ruhigem Verlaufe durchgeführt. Ein Schülerkern mit Eisenhaken, mit dem auf einen Beamten eingeschlagen worden war, wurde abgenommen und abgeführt.

Aus diesem Bericht kann man ersehen, welche Unschuldslämmer die Nazis sind und wie „ungerecht“ die Polizei gegen sie vorgegangen ist. Für Charakterisierung dieser Weltenerueer braucht uns sein Wort weiter hinzugefügt zu werden.

## Glanzender Aufmarsch der Eisenfront in Zeitz

Am Dienstag hatte die Eisenfront in Zeitz die Massen zu einer Kundgebung gegen den Faschismus aufgerufen. Und die Massen kamen. Der vorangehende große Versammlungsaum im „Reichshaus“ wurde für die Nacht zu lassen, und auch dann, als ein Teil nach dem Stöckchen dirigiert war, fanden Hunderte keinen Platz. Auch hier war, ebenso wie in Weiskensfeld, von den Nazis beabsichtigt, die Versammlung zu sprengen. Nachdem die Terroristen jedoch in Erfahrung gebracht hatten, daß es ihnen ebenso gehen würde, wie in Weiskensfeld, konnten sie für neue Dinge. So konnte die Versammlung, in der gleichfalls Genosse Harnack referierte, in bester Ordnung durchgeführt werden. Die Begeisterung der Massen verdirgt uns den Endbegriff.

## District Mühlchen

Freitag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal Schumann in Kemnitz.

### Wichtige Districts-Mitgliederversammlung.

Agitation: Aufstellung der Kandidaten zum Kreisstag, Parteianliegenheiten.

Die Mitglieder der einzelnen Ortsvereine, welche zum District gehören, werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

### Bekämpfung der Obstbaumschädlinge

Mühlchen. Der hiesige Obst- und Gartenbauverein in der Vergangenheit haben die Obstbaumschädlingbekämpfung mittels einer Besondere Abführungsmaßnahme durchgeführt und hierbei gute Erfolge erzielt. Auch in diesem Jahre soll die Vernichtung der Obstbaumschädlinge durch den Obst- und Gartenbauverein wieder vorgenommen werden. Alle Besitzer von Obstbäumen werden daher ersucht, Anträge diesbezüglich im Po-

# Welcher Oberpräsident für die Provinz Sachsen

Die Kommission des Reiches in Dresden haben, wie aus Berlin gemeldet wird, den Polizeipräsidenten Melzer in Berlin vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt und mit der kommissarischen Verwaltung dieser Stelle beauftragt.

Sollte Herr Melzer Oberpräsident unserer Provinz werden, dann erwarten wir von ihm, daß sein dem Provinzialrat auf dem Berliner Wilhelmplatz aufgestellter Grundriss: Erbaut ist zu schätzen, hier bei uns Geltung erlangt. Dann erwarten wir, daß Preisfreiheit und Versammlungsfreiheit gesichert werden. Nach dem zweimaligen Verbot des „Bismarck“ in Berlin und dem Verbot eines Flugblattes der Berliner Sozialdemokratie haben wir aber das Recht, festlich zu sein.

Heißhölz (Rathaus) bei Herrn Gärtnermeister Max Pfeiffer oder bei Herrn Kaufmann Richard Temme bis zum 1. März d. J. zu stellen. Die Abhängigkeiten stellen sich je nach Größe des Baumes auf 8 bis 25 Pf., Bäumeinstreuer kosten 3 Pf. pro Strauch. Es wird erwartet, daß alle Obstbaumzüchter mit Hilfe des Obst- und Gartenbauvereins die Schädlingstempfung wirksam zur Durchführung bringen.

## Kreis Eckartsberga

### SPD, Kreis Eckartsberga

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal „Zur Post“ in Köthen eine Kreisversammlung statt.

### Tagesordnung:

- 1. Die Provinzial-, Kreis- und Gemeindevahlen.
- 2. Aufstellung der Kandidaten zum Kreisstag.
- 3. Parteianliegenheiten.
- 4. Parteianliegenheiten.

Wir fordern die Ortsvereine auf, pünktlich und zahlreich diese Kreisversammlung zu besuchen.

Der Unterbezirksvorsitzende.

## Kreis Jorau

### Jorau (Stadt)

Annaburg. Leutes Brennholz. Bei den von den Fortschrittler durchgeführten Brennholzversteigerungen mußte erneut die Wahrnehmung gemacht werden, daß für das angebotene Holz nur ein sehr geringer Preis erzielt wurde. Entsprechend dem großen Waldreichtum müßte doch ohne weiteres auch bei Brennholzversteigerungen von den Fortschrittler erwartet werden, eine Preissteigerung für Brennholz einzuweisen zu lassen, denn die geforderten Preise sind die ärmere Bevölkerung nicht zuzuschlagen.

## Kreis Stebenwerda

### Das tat er für Deutschland

#### Naziführer durchdringt Arbeitslosenfürchten.

Hallenberg. Am letzten Sonntag hatten die Nationalsozialisten ihre braune Privatarmee in Halleberga zusammengezogen, um gemeinsam mit dem Stahlhelm den Bürgern die Darübergangsfrente vorzuführen. Von den angebotenen 2000 Mann waren knapp 600 erschienen (einschließlich der 70 Stahlhelmer), um unter polizeilicher Begleitung so etwas Ähnliches wie eine militärische Ordnung, die von alten Soldaten als Musterbeispiel bezeichnet wurde, vorzuführen. Anschließend wurde diese Besondereinrichtung dann reorganisiert. Abends verließ ein Teil der von den Nazis gekommenen auf Fahrrädern den Ort. Die Führer allerdings hatten es nicht so eilig. Einer von ihnen, der bekannte Kaufmann Kriese aus Mühlberg, konnte sich nicht von dem eben beschriebenen. Aber auch für ihn ist die Besondereinrichtung. Dabei stellte sich dann heraus, daß es nicht mehr ganz so einfach war. Gegen 8.30 Uhr morgens durchfuhr er mit seinem Motorrad in Halleberga die in der Mühlberger Straße befindliche geschlossene Eisenbahnbrücke, um auf dem ersten Gleis liegen zu bleiben. Dort neben ihm, auf dem zweiten Gleis, ratterte ein Güterzug vor-

# Der Provinzialausschuß klagt

## Strassenbauarbeiten im großen Umfang beschlossen

Der Provinzialausschuß, der am 15. Februar in Weiskensfeld tagte, beschloß, bei in Staatsfinanzen des Reiches zu erleben mit dem Entschluß, festzustellen, daß die Verordnungen des Staatsministeriums über die Aufstellung des Provinziallandtags der Provinz Sachsen gegen die Bestimmungen der Reichs- und Staatsverfassung verstößt.

Abgeschied dieser zu erhebenden Klage wurde beschlossen, die Neubauarbeiten zum Provinziallandtag gemäß der in den Amtsblättern der Regierungen zu Weiskensfeld, Merseburg und Erfurt veröffentlichten Bekanntmachung des Landesparlamentarischen Provinzialausschusses der Provinz Sachsen über die Aufstellung des Provinziallandtags an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm verbunden verschiedene weitgehende Beschläufe gefaßt. So wurde der Landesparlamentarische Ausschluß, der sich bis zur Höhe von

3 1/2 Millionen Mark zur Durchführung beschließen. Der Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsausschusses für Arbeitsbeschaffung aufzunehmen. Bis zur Höhe von 570 000 RM dürfen Darlehen aus den gleichen Mitteln für die Ausführung

dringlicher Hochbauarbeiten aufgenommen werden. Ferner ist auch die Beteiligung etwaiger Kleinbau-Bauarbeiten vorgesehen.

Die Meliorationen aller Art verdienen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches besondere Berücksichtigung, weil gerade bei der Durchführung dieser Unternehmungen erhebliche in großer Zahl nutzbringend beschäftigt werden können.

Um die gleiche finanzielle Entlastung der Meliorationssträger zu erreichen, beschloß der Provinzialausschuß, daß der Provinzialüberbinder den vierten Teil der 6 Prozent betragenden Jahresrente für die bis zur Gesamthöhe von 1,5 Millionen Mark in der Provinz Sachsen aufgenommenen Darlehen betrage auf 20 Jahre unter der Voraussetzung übernimmt, daß der Staat sich in gleicher Weise und mit den gleichen Zinsen beteiligt.

Unter Festhaltung an einer unbedingten Umlage von 15 Prozent wird der Bundeshaushalt für 1933 in der nächsten Sitzung des Provinzialausschusses, die für den 15. März vorzulegen ist, erneut zur Beschlußfassung vorgelagert werden.



# Die Tarifikündigungen an der Ruhr

## Tariflos — rechtlos

Der Vorstoß der Schachtmacher zur Zerlegung des Reichsarbeitsministeriums, der amnestierbar nach der Bildung der Hitler-Regierung einleitet, ist — weil plötzlich — noch einmal Reichstagsbeschlüssen unterworfen worden. Aufgehoben ist aber nicht aufgehoben. Nach den Diktata wird die Brechlinge wieder angelegt werden. Bestände keine Gefahr mehr, dann hätte es der Reichsarbeitsminister nicht nötig, ausdrücklich vor der Öffentlichkeit zu erklären, er sei kein Feind des Arbeits- und Tarifrechts. Bestände keine Gefahr mehr, dann hätte es auch die Stahlkommission, wie z. B. die „Kreuz-Zeitung“, nicht nötig, ausdrücklich gegen eine Zerlegung des Reichsarbeitsministeriums Front zu machen.

Alle Berufsverbände ändern nichts an der öffentlichen Laune, daß der Vorstoß der Schachtmacher gegen das Reichsarbeitsministerium ein Stück einer ganz bestimmten Marquette darstellt. Bei diesem Vorstoß handelt es sich nicht um eine technische Umorganisation der Ministerien, sondern um etwas ganz anderes: um die Zerlegung des Tarifgebändes. Die Kündigung der Tarifverträge im Ruhrbergbau und der Vorstoß zur Zerlegung des Reichsarbeitsministeriums sind in einem inneren Zusammenhang. Die Schwerindustrie müßte einen tariflosen Zustand herbeiführen, sie müßte Willkürfreiheit haben. Es müßte sich zeigen und behaupten, daß ein Reichsarbeitsministerium eine Lohn- und Arbeitsrechtsabteilung gibt. Die Kündigungssaktion des Zechenverbandes kann auch mit rein wirtschaftlichen

Argumenten kaum begründet werden. Der Zechenverband will mehr als nur eine neue Beschäftigung der Köhne. Entschieden ist für ihn die Wiederherstellung der üblichen Bewegungsfreiheit der Zechenherren.

Die „Bergbauindustrie“, das Organ des freien Bergarbeiterverbandes, erinnert im Zusammenhang mit der Kündigung der Tarife durch den Zechenverband an die Rede, die Dr. Brandl am 10. März 1931 gehalten hat. Demnach führte Brandl u. a. aus: Man mache die deutsche Wirtschaft endlich wieder frei. Und man gebe dem deutschen Bergbau wieder die alte Freiheit. Man mache ihn wieder frei von der Lohnvorgangswirtschaft und einem als unheilvoll erkannten Schlichtungswesen. In heutiger Zeit ist kein Raum mehr für staatliche Zwangsmaßnahmen.

Wenn es nach den Wünschen der Zechenherren geht — betont die „Bergbauindustrie“ — werden Schlichtungsentscheidungen nicht mehr gefällt und verbindlich erklärt. Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden vielmehr dem freien Kräftepiel überlassen. Diese Vermutung ist um so nachvollziehbar, weil die „Deutsche Bergwerkszeitschrift“ dem zum Inhalt gekommenen der Hitler-Regierung ganz offen erklärte, die Arbeiterschaft könne in Zukunft nicht mehr in dem bisherigen Maß bei Tarifkonflikten auf die staatliche Hilfeleistung rechnen. Offenbar hat das Organ der Zechenherren seine Hoffnungen vor allem darauf, daß Hugenbergs Reichsarbeitsministerium nicht mehr in der Lage ist, bei solchen Fällen als Vorkämpfer der Arbeiterschaft zu fungieren.

Wirtschaftlichen Unternehmertums wörtlich folgendes erklärt:

„Man lese vorher gewissenhaft Was kann und darf der verparlamentarisierte und halbsozialisierte Unternehmer von heute noch tun? Er darf Zechen stilllegen, Fabriken schließen, deutsche Wertpapiere und andere Unternehmungen an das Ausland verkaufen oder ungeheure Steuern und hohe Kosten aufbringen und sich darüber mit den Finanzämtern auseinandersetzen. Er darf Zechen schließen, verlassen lassen und mit dem Staat und anderen wirtschaftlichen oder halbmarxistischen Organisationen um die Erhaltung des Restes der Wirtschaft kämpfen — zwar: ein Dasein voller produktiver Lebensfreude.“

Nach diesen Auslassungen — betont die „Bergbauindustrie“ — müssen die Bergarbeiter annehmen, daß Hugenberg den Wünschen des Zechenverbandes weitgehend Rechnung trägt. Endlich wäre also der Zeitpunkt gekommen, wo man den tariflosen Zustand herbeiführen kann. Praktisch ist dieses Ziel verhältnismäßig einfach zu erreichen. Beide Tarifverträge sind genehmigt, und die erfahrungsgemäß eine Verständigung zwischen den Tarifparteien über wesentliche Streitfragen ist möglich ist, braucht man nur in dem schwebenden Tarifkonflikt um Schlichtungsentscheidungen abzuweichen oder diese nicht für verbindlich zu erklären, und das reaktionäre Unternehmertum: der tariflose Zustand ist erreicht. Nicht nur die Ruhrbergarbeiter und alle deutschen Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß für den 8. März, für den Wahltag, und darüber hinaus alle Kräfte mobilisieren. Tarifrecht ist Menschenrecht. Tariflosigkeit ist der Anfang, Rechtslosigkeit das Ende.

## Göring schafft Arbeit

Aber die Lagen sind doch nicht auszufüllen

Die Preußentommißare lassen sich mit besten Kräften anlegen sein. Arbeit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Die „Ausrottung des Marasmus“ bietet ihnen dazu die beste Gelegenheit. Am Montagmorgen waren Bauarbeiter damit beschäftigt, die Polizeiuferfront an der Castroper Straße in Bochum von marxistischen Merkmalen zu säubern. Die Bezeichnung an der Hauptfront des Gebäudes „Polizeiuferfront Staatsminister Geringer“ wurde durch eine auf Staatslade aus der Wand herausgemauert. Die Rollen dieser wichtigen Arbeit gehen zu Lasten der Staatslade. Mit der Beilegung der Inhaftierten ist ein gefährliches Stück Marasmus in Bochum ausgerottet.

An der staatlichen Polizeiuferfront in Buppertal-Gießfeld, die den Namen Ministerpräsident Braun führt, ist am Dienstag auf Anordnung des Reichstommißars Göring bei der Außenfront in Metallbüchsen angebrachte Name des preußischen Ministerpräsidenten entfernt worden.

## Der Weg zu den „herrlichen Zeiten“

Hilters wilhelminischer Kurs

Seit dem 30. Januar sind wir im „Dritten Reich“. Wir kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus; denn das Dritte Reich kommt uns merkwürdig bekannt vor: ganz wie unter Wilhelm! Wir haben nicht an Keuschlichkeiten wie Reisen und Reden, wenn uns die Politik des Reichszanzlers Hitler an Wilhelm II. erinnert. Auf den Inhalt und die Methode kommt es an! Wir sollen jerschmeitert werden, wir sind der innere Feind — wie unter Wilhelm. Und nach außen?

Herr Göring hat mit seinem Telegramm nach Goeteborg angefangen. Herr Hitler hat einem englischen Obersten namens G. E. Brown ein Interview über seine politischen Ansichten gegeben. Um das Interview hat sich sofort eine Affäre entpinnert, durch die wir uns unmittelbar an das Daily Telegraph-Interview Wilhelms II. erinnern können.

Das Interview war für die „Daily Mail“ bestimmt, ist aber im „Sunday Express“ erschienen. Dem Interviewer war eine schriftliche Aufzeichnung übergeben worden, im „Sunday Express“ ist eine Fassung erschienen, die von der nunmehr amtlich veröffentlichten Aufzeichnung erheblich abweicht.

Es sind zwei Punkte, die dabei besonders in Frage kommen. Nach dem „Sunday Express“ soll Hitler gesagt haben:

„Von einer Rückkehr der Hohenzollern kann überhaupt nicht die Rede sein. Wenn wir Republik gegen Monarchie zur Entscheidung stellen würden, wäre dies ein neuer Grund zur Spaltung und zu ununterbrochenen Unruhen zu einer Zeit, in der es unumgänglich notwendig ist, daß wir ein geeinigtes Gelingen haben, bis wir wissen, wo wir stehen.“

An der amtlichen Veröffentlichung ist diese Stelle nicht enthalten, ebensowenig wie lobende Worte, die Hitler über Cromwell gesprochen haben soll, über den Diktator, der Karl I. Stuart hängen ließ.

Ein zweiter Punkt betrifft den politischen Korridor. Nach dem „Sunday Express“ habe Hitler erklärt:

„Der politische Korridor müsse an Deutschland zurückgegeben werden, und zwar nach Ansicht der betroffenen deutschen Bevölkerung sowie aus anderen Gründen. Der politische Korridor sei neben den Verträgen die größte Ungerechtigkeit gegen Deutschland. Diese Frage mußte bald gelöst werden.“

Dieser Satz, der in Paris und Warschau schon erheblichen Sturm hervorgerufen hat, ist in der amtlichen Veröffentlichung amtlichen Fallung ebenfalls nicht enthalten. Und hier beginnt schon der Wirrwarr! Denn die „Kreuz-Zeitung“, das Organ des Reichsministers Selbste und des Stahlhelm, hat sich bereits mit Begeisterung auf die Fassung des „Sunday Express“ gestürzt und verteidigt mit lautem Beifall ihren Vorgesetzten: „Hitler fordert den Korridor zurück. Der Reichszanzler verlangt Revision der Verträge. Rückgabe des Korridors.“ Da sind in einem Regierungsbüro Hoffnungen erweckt worden, die durch die amtliche Veröffentlichung nun wieder getrübt werden müssen. Auf diese Weise wird aus einem Vorstoß ein Rückzug — ganz nach wilhelminischer Manier.

Das Auswärtige Amt steht unter der Leitung eines Berufsdiplomaten. Als Wilhelm II. sein Daily Telegraph-Interview den Berufsdiplomaten vorlegte, hoben sie es gänzlich und ungelesen beiseite — und behielten hinterher den Schaden. Das Hitler-Interview soll ebenfalls in die zweite Darstellung, die veröffentlicht wurde, nicht eingegangen sein. Politische Gebändengänge mit politischem Inhalt soll in Interviews für fremde Journalisten vor dem deutschen Öffentlichkeit klarzulegen?

Aber haben wir nicht recht, daß dies alles so deutlich nach wilhelminischem Kurs aussieht?

# So wirtschaften ostelbische Junker

Aus dem großen Sumpf der Ostelbische Kandalen

Wir setzen unsere Veröffentlichungen über die Ostelbische Kandalen fort. Die ostelbischen Junker werden der Öffentlichkeit die Ostelbische Kandalen nicht entgehen lassen.

Ein besonders „schwarzes“ Kapitel ist die Geschichte des Reichsministers Brauns, das ein Herr Otto Braun im Jahre 1927 von der Regierung erworben, Kreis Preußisch-Golau für 275 000 Mk. erworben hat. Braun behauptete, 110 000 Mk. Vermögen zu besitzen. Dennoch konnte er nicht einmal die Anzahlung von 30 000 Mk. leisten, die weiteren Anzahlungen blieb er der Einfachheit halber ganz schuldig. Hier gewährte ihm schon die Ostpreußenhilfe erste materielle Stütze. Sie zahlte durch die Bundesbank für die Broding Ostpreußen das Rest aufgeld aus und gewährte ihm eine erste Hypothek. Außerdem erhielt Braun aus dem Reichsministeriums ein erhebliches Mittel.

Auf diese Art finanziert, konnte Braun schließlich wirtschaften, zumal es ihm gelungen war, bei dieser ersten Umfischung erhebliche Schulden „abzuschütteln“. Dabei ging er ganz objektiv vor; es wurde alles abgestimmt, was irgend ging.

Darunter lag die Verpflichtung eines Klients. Die Inhaberin dieses Ausgebendes hatte keine andere Möglichkeit, als bei der Treuhandstelle unter Schilderung ihrer Notlage um eine Hilfe zu bitten.

Braun wirtschaftete fröhlich drauf los. Seine Ueberzeugung konnte ihn niemand rauben; an seiner Schiene lag er ein Schild an mit der sinnigen Aufschrift: „Deutschland voran!“

Damals gab es kein Geld, um erneut herabzuwirtschaften. Das gesamte Reich einseitig sich Sozial und Deputatgetriebe, wurde verkauft, die Waldung wurde niedergelegt, das ergab 1000 Kubikmeter Holz, die ebenfalls verkauft wurden. Das Herabwuchsen wurde verschleudert, der Schmelzofen wurde leer gemacht, der Motorzug wurde erst einmal auf Kredit überholt und dann verkauft. Alles, was sonst an persönlichen Bedürfnissen wünschbar erschien, wurde, wenn es irgend ging, gepumpt, und wenn es nicht mehr ging, wurden dafür Briefe geschrieben. So hielten zum Beispiel Rechnungen über 186 Mrk. Marxplan, Wein, Zigarren, Gemüsepflanzen und Silbergeschmuck die gleiche Kategorie — es wurde auf Kredit geschrieben.

An der Zwangsversteigerung, die dann notwendig wurde, tauchte Herr Braun ganz wesentlich von seinen Schulden. So wie der Wechsel bezahlt werden mußten und die Gläubiger nicht auf ihre Forderungen verzichteten, erfolgte die erneute Umfischung aus öffentlichen Mitteln. Die Treuhandstelle übernahm das Gut zum Preise der ersten Hypothek; sie bezahlte die bevorrechtigten Forderungen im Betrage von 26 000 Mk. Das Gut wurde mit einem neuen bescheidenen Wohnbestand ausgestattet. Dazu kam selbstverständlich noch das laufende Wirtschaftsgeld.

Und wer erhielt dann das Gut? Die kleinen unermüdbaren Kinder des Herrn Otto Braun. Er hat von seinen Kindern Vollmacht und Wirtschaftlicher Leiter.

Diese Lastenstände sind bereits im Jahre 1931 der Bundesbank der Broding Ostpreußen unter

Ramenennung und Zeugensangabe mitgeteilt worden. Man mußte annehmen, daß eingetragene worden wäre, aber weit gefehlt. Die Bundesbank schrieb hochmütig: „Was den Inhalt Ihres Schreibens anbelangt, so haben wir Nachforschungen angestellt und behalten uns unsere Maßnahmen vor, ohne Sie hiervon weiter zu benachrichtigen.“

Wir fragen das Reichstommißar für die Ostelbische, ob dieses Gut noch weiter unter Sicherungsbüchsen bleiben soll und ob es aus Ostelbischen Mitteln umgehändert wird? Wir fragen weiter, ob ihr etwas darüber bekannt ist, daß Braun bestimmte persönliche Beziehungen zu bestimmten Ostelbischen hat, die dafür ausreichen, um immer wieder für ihn gutes Wetter zu machen?

# Leiparts Warnung

Kampf auf Leben und Tod um Freiheit

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Leipart befähigte sich am Dienstagabend in einem Vortrag, den er in der Berliner Hochschule für Politik über die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft hielt, auch mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er führte u. a. aus: „Es liegt sehr nahe, daß die sogenannte Eingliederung der Arbeiter in den Staat wieder völlig zerfällt wird. Die jüngsten offiziellen Kämpfe im Rundfunk und im Sportplatz lassen kaum noch Zweifel daran, daß die Kräfte, denen heute die Macht im Staate ausgeliefert ist,

diese Macht verlieren. Diese Kräfte können nicht anders als eine Kampfanfrage an die organisierte Arbeiterschaft aufgestellt werden. Es zwingt mich die Verantwortung vor der Zukunft, zu sagen, daß dieser androhung Kampfe, wenn er mit Gewaltmaßnahmen eingeleitet wird, nicht ohne allerschwersten Schaden von dem deutschen Volk wird ertragen werden können. Es würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Leben und Leben werden, dessen fürchterliche Folgen die letzten Machthaber im voraus absehen müssen.“

# Umgestaltung des Polizeiwesens

Im Zusammenhang mit den in Preußen vorgenommenen Reformen über den Bereich des Reichsministeriums für den Innern, die die Regierungspresse darauf hin, daß eine „organisierte Umgestaltung“ der gesamten Schutzpolizei geplant sei. In den gegenwärtigen Nachrichten ist der Plan gereift, die gesamte uninformierte Polizei einer zusammengefaßten, indem man größere Gruppen unter einheitlichen Oberbefehl stellt und diese Gruppen gleichzeitig einem Polizeigeneralar unterstellt. Die Herren Kommissare haben darüber zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, aber es scheint so gut wie sicher, daß die staatlichen und gemein-

lichen Schutzpolizeiträfte, sowie die Landjäger unter einheitlicher Oberleitung, besser als bisher zusammengefaßt werden sollen, um im Falle von Unruhen größeren Ausmaßes schnelle Entscheidungen und Zusammenziehungen von Polizeikräften in bedrohten Gegenden zu ermöglichen.“

Die organisatorische Zusammenfassung der Polizeikräfte unter einheitlichem Oberbefehl — wie die Regierungspresse meidet — zur Folge haben, daß die Polizei nicht mehr den Regierungs- und Oberpräsidenten unterstellt wird, sondern ihren neuen Gruppentommißaren, und diese direkt dem Minister

## Neuer Wechsel im Rundfunk

Nachdem dieser Tage erst der technische Reichsrundfunkkommissar Staatssekretär Brenden aus durchsichtigen Gründen seinen Rücktritt genommen hatte, ist gestern der politische Reichsrundfunkkommissar Oberregierungsrat Conrad, der seit dem Rücktritt von Ministerialrat Scholz die politische Aufsicht über den deutschen Rundfunk führte, nach einer Verpledung mit Reichsinnenminister Fricke seiner seines Amtes entbunden worden. Nachfolger Conrad wurde sein persönlicher Referent Rudolph Krudenberg war von Scholz in die Reichsrundfunkgesellschaft gestellt worden; er ist früherer Offizier und Nationalsozialist.

Sourmatisten zu seinem „persönlichen Referenten“ in das preußische Ministerium des Innern berufen und ihn zugleich zum Oberregierungsrat befördert.

## Ohne Auslandspässe

Hugenbergs „Berliner Lokal-Anzeiger“ teilt heute mit, daß außer Helmut von Gerlach auch dem Schriftstellers Lehmann-Hauschild und Karl von Dillig die Auslandspässe entzogen würden.

## Derr von Papen sandidiert

Im Südbann sandidiert als Spigenantibei auf der deutschen Seite von Bayern. Er hat ein entwerfendes Schreiben der Deutschnationalen in Südbayern bereits angenommen

Berens-Kalender

der Ostseeregion der GDD... Der 10. Oktober... Morgen, Freitag, Erstaufführung!

Ufa-Theater Alte Promenade

Der neue Kriminal-Tonfilm... Eine Tür geht auf

Erk. Fiedler und Herrn. Speelmans

Einem Tür geht auf... Ein Schuß kracht... ein Mann bricht... sterbend zusammen!

Wer ist der Ermordete? Wer der Mörder?

Polizeikommissar Braumiller steht vor einem neuen Rätsel.

Auch Ihnen gibt dieser Kriminalfilm tausend Rätsel auf

und fesselt Sie durch seine Sensationen und Überraschungen von Anfang bis Ende.

Erk. Fiedler und Herrn. Speelmans

sind Freitag u. Sonnabend in allen Vorstellungen persönlich anwesend.

Die Künstler treten Freitag 6 u. 9 Uhr, Samstag 4 u. 7 Uhr im Auto-Theater.

Verkauf: 4 U. 6.10 u. 8.20 Uhr

Sonntags: 3 U. 4.15 u. 6.20 u. 8.20

Stadttheater

Oper, Donnerstag, 20 bis 22 Uhr... Der 10. Oktober... Morgen, Freitag, Erstaufführung!

Ufa-Theater Alte Promenade

Der neue Kriminal-Tonfilm... Eine Tür geht auf

Erk. Fiedler und Herrn. Speelmans

Einem Tür geht auf... Ein Schuß kracht... ein Mann bricht... sterbend zusammen!

Wer ist der Ermordete? Wer der Mörder?

Polizeikommissar Braumiller steht vor einem neuen Rätsel.

Auch Ihnen gibt dieser Kriminalfilm tausend Rätsel auf

und fesselt Sie durch seine Sensationen und Überraschungen von Anfang bis Ende.

Erk. Fiedler und Herrn. Speelmans

sind Freitag u. Sonnabend in allen Vorstellungen persönlich anwesend.

Die Künstler treten Freitag 6 u. 9 Uhr, Samstag 4 u. 7 Uhr im Auto-Theater.

Verkauf: 4 U. 6.10 u. 8.20 Uhr

Sonntags: 3 U. 4.15 u. 6.20 u. 8.20

Walhalla

mit dem besten... Der Teufelskeller... Das Land des Lächelns

Größe Küchenchocolade

Küche, Schokolade... Küche, Jäger, 125... Küche, Maria, 180

Möbel-Philipp

Küchenschrank... Kamin... Tisch... Stuhl

Touristenverein „Die Wanderrunde“

Ortsgruppe Leuna... Einmal u. Vorführung des Schweizer Naturkunde-schiffes

Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr

in der Turnhalle der Ludwig-Jahn-Schule, Leuna

Der Film zeigt die Schönheiten des Schweizer Bergwunders...

An alle ergeht früh Einladung Eintritt 25 Pf.

Die Ortsgruppenleitung.

Deffentliche Steuerermäßigung

Grundbesitzern, Hausbesitzern und sonstigen Schuldigen...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Die Steuerermäßigung...

Säuglich frisch

in der... Nordsee-Seealachs 19

Nordsee-Seealachs 19

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

ohne Kopf... ohne Kopf... ohne Kopf

Heute Freitag billiger

in der Schweinebauch... Ein schlagender Beweis

Ein schlagender Beweis

von allem Milt... Laut Quintanz der Gewerbeten

zu Halle (Saale) sind von mi... für Monat Januar 1933

16658

St. Fleischwaren abgeliert

Die Quintanz steht in meinem... als Dank nehme ich

neute u. Freitag in Liefer... 20

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

Butter, Wurst... A. Kndusel

TRAUEN!

Kauf nur bei solchen... Volksblatt

Volksblatt

Kauf nur bei solchen... Volksblatt

Firmen, die in Eurer... Volksblatt

Zeitung inserieren, im... Volksblatt

Gewinnauszug... Volksblatt

5. Klasse 40. Preußisch-Sächsische Staats-Lotterie... Volksblatt

Ohne Gewähr... Volksblatt

Auf jede gegogene Nummer... Volksblatt

fallen, und zwar je einer... Volksblatt

in den beiden Abteilungen... Volksblatt

7. Siebungstag... Volksblatt

15. Februar 1933... Volksblatt

An der heutigen Vormittagsziehung... Volksblatt

wurden Gewinne über 400... Volksblatt

gegen... Volksblatt

16 Gewinne je 6000... Volksblatt

22 Gewinne je 3000... Volksblatt

52 Gewinne je 2000... Volksblatt

10339 Gewinne je 1000... Volksblatt

120 Gewinne je 500... Volksblatt

28400 Gewinne je 200... Volksblatt

69000 Gewinne je 100... Volksblatt

1231 Gewinne je 50... Volksblatt

46 Gewinne je 20... Volksblatt

13154 Gewinne je 10... Volksblatt

144154 Gewinne je 5... Volksblatt

174757 Gewinne je 3... Volksblatt

258292 Gewinne je 2... Volksblatt

327274 Gewinne je 1... Volksblatt

170 Gewinne je 500... Volksblatt

36359 Gewinne je 200... Volksblatt

109814 Gewinne je 100... Volksblatt

90722 Gewinne je 50... Volksblatt

157300 Gewinne je 20... Volksblatt

230451 Gewinne je 10... Volksblatt

274820 Gewinne je 5... Volksblatt

341482 Gewinne je 3... Volksblatt

369033 Gewinne je 2... Volksblatt

369033 Gewinne je 1... Volksblatt

Im Gesamtwort verließen: 2 Prämien zu je 60000, 2 Gewinne zu je 20000, 4 Gewinne zu je 10000, 6 zu je 750, 10 zu je 500, 22 zu je 200, 150 zu je 100, 808 zu je 10, 10 zu je 800, 2236 zu je 300, 4176 zu je 100, 7536 zu je 50, 22114 zu je 4, 100 Schicksalnummern zu 800 Mark.

Staatliche Lotterie-Einnahme Abramowitz Gr. Ullrichstraße 40

SICH REGEN BRINGT SEGEN!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Inserieren erhält das Ges... er, erhöht den Umsatz!

Für die Plankuchen - Bäckerei

Weizenmehl... Kokosfett... Speiseöl... Gem. Marmelade... Pflaumenmus... Margarine

Besonders preiswert

Junge Karotten... Junge Schnittbohnen... Gemüse-Erbsen... Mischofen... Aprikosen... Makkaroni... Eier-Schnittmudeln

und noch 5% Rückvergütung in Rabatmarken

GOLDENE... RÜCKVERGÜTUNG 5%

in allen... Städteilen

Bei Vergebung von

Drucksachen

aller Art, von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung

berücksichtigen Gewerkschaften, Vereine, Behörden und Private die

Hallesche Druckerei-Ges. m. b. H.

Halle a. S. Große Märkerstraße 6

RUND FUNK

Leipzig

Freitag, 6.15. Postzugausfall, 6.35. Früh-Lernzeit